

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Neueste Wiesbadener Zeitung

Verlagspreis: monatlich 3.00 M., vierteljährlich 11.00 M. Durch die Post 1.70 bezw. 14.10 M. Bestellgeld wird besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf. Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung der Gebühren.

Amliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behöden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolaistraße 11. Fernruf Nr. 5615 und 5616. — Anzeigenpreise: Die 34. zum breite Kolonnenzeile 60 Pf., die 12 zum breite Restzeile 2.— M.; außerhalb: 75 Pf. bezw. 4.— M. Ausland 2.— bezw. 6.— M. Abgabe lt. Tarif. Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 290

Donnerstag, 24. Juni 1920.

74. Jahrgang

Zur Lage.

Reichskanzler Fehrenbach bemüht sich weiter, die verworrene Lage zu klären und durch eine Vermittlung zwischen den einzelnen Ansätzen und Wünschen eine Einigung der Koalitionsparteien auf die aus den geeignetsten Männern zusammengesetzte Ministerliste zu erzielen. In der Parteipresse hagelt es Vorwürfe über Vorwürfe. Trotzdem allein die vorgelegten Auslassungen des Reichsfinanzministers über das nach seiner Berechnung den Betrag von 15 Milliarden weit übersteigende Defizit der Eisenbahnverwaltung die demokratischen Blätter überzeugen müßten, daß die bisherigen Regierungsparteien in der Unterstützung der sozialdemokratischen Sozialisierungsversuche eine geradezu ruinöse Wirtschaftspolitik betrieben haben, kann es sich die „Frankf. Ztg.“ nach wie vor nicht versagen, mit den schärfsten Worten gegen die Deutsche Volkspartei zu Felde zu ziehen. Diese hat die Schlüsselstellungen aus der bisherigen Politik der Unvernunft gezogen und sucht mit allen Mitteln eine Besserung durch Heranziehung von zur Leitung der Ressorts befähigten Männern zu ermöglichen. Diese Aufgabe erfüllt sie auf Grund ihrer Versprechungen und des Wunsches ihrer Wähler und der Mehrheit des deutschen Volkes. Und wir hoffen nach wie vor, daß die führenden demokratischen und Zentrumskreise sie hierbei unterstützen werden, zumal sie immer wieder erklärt, daß es ihr nicht um das Heranziehen von Parteienten an die Futtertröge zu tun ist, sondern daß sie nur Wirtschaft, Verkehr, Post und Finanzwesen nach unpolitischen sachlichen Grundsätzen verwalten sehen will. Wenn die Presse der Deutschen Volkspartei im übrigen bei der Befegung der politischen Ministerstellen eine dem Zahlenverhältnis der Abgeordneten und Wähler entsprechende Berücksichtigung der Partei fordert, so entspricht dies nur einem natürlichen Gefühl der Selbstachtung.

In der Sitzung des Parteiausschusses der demokratischen Partei hat Abg. Dr. Petersen eine Rede gehalten, in der es heißt: Die Minderheit verlangt Opposition an der Seite der Sozialdemokratie. Gefühlsmäßig wollen wir alle das! Aber das politische Verantwortungsbewußtsein gebietet uns, inmitten der Noie unseres Vaterlandes positiv mitzuarbeiten.“ Und an anderer Stelle: „Weider müssen wir es ohne Mitwirkung von Sozialdemokraten in der Regierung tun. Doch die Mehrheitssozialdemokratie wird Mitträgerin und Stütze dieser Politik. Das ist die Bedingung der Mitwirkung unserer Minister in der Regierung.“ Aus diesen Sätzen geht hervor, daß nicht die Deutsche Volkspartei, wie die demokratische Presse behauptet und ihre Wähler, wie ebenfalls dort behauptet wird, durch ihre Urteilslosigkeit das Chaos geschaffen haben, sondern daß die Schwerezeiten in der ablehnenden Haltung der Mehrheitssozialisten und der Weigerung der Demokraten, ohne das Versprechen ihrer Unterstützung sich an der Regierung zu beteiligen, ihre Ursache haben.

Die sozialdemokratische Fraktion hat gestern wieder getagt und soll zum Beschluß einer Resolution gekommen sein, die die Regierungsbildung unter den von den Demokraten gewünschten Bedingungen (Ausdruck des Vertrauens, wohlwollende Unterstützung) ermöglicht. Wenn dabei nicht wieder ein rein parteipolitisches Konglomerat von Ministern herauskommt und die Hauptfrage nicht wieder vergessen oder unmaßig gemacht wird, die Vereinigung wirklich befähigter Kräfte, soll aus diese Lösung willkommen sein.

Der optimistische Ton in den Mitteilungen über Fehrenbachs Fortschritte bei der Kabinettsbildung scheint dem „Vorwärts“ nach seinen Informationen nicht gerechtferdig zu sein. Die „Voss. Ztg.“ meint es werde allerdings nicht möglich sein, bis zu der heute erfolgenden Sitzung des Reichstages die Kabinettsbildung zu beenden. So sehr aber die Verlängerung der Krise zu bedauern sei, so gering sei die Bedeutung der Tatsache, daß der Reichstag sich heute und vielleicht auch morgen noch ohne die neue Regierung beschließen müsse; zunächst habe der Reichstag mit sich selbst zu tun; er müsse sich konstituieren und in der zweiten Sitzung das Präsidium wählen.

Der „Berl. Lokalan.“ will aus Kreisen der Deutschen Volkspartei erfahren haben, daß die weiteren Verhandlungen über die Entpolitisierung der Wirtschaft durchaus zufriedenstellend verlaufen würden. Es werde bestimmt damit gerechnet, daß das bürgerliche Kabinett der Mitte zustande komme.

Über die Aussichten der Kabinettsbildung meldet heute früh das B. F. V. aus Berlin:

Die Verhandlungen des Reichskanzlers über die Kabinettsbildung nahmen gestern ihren Fortgang, ohne daß irgendeine Störung eingetreten ist. Es darf mit Sicherheit erwartet werden, daß in kürzester Zeit das Kabinett zum mindesten in den entscheidenden Ministerien, besetzt sein wird. Über die wesentlichen Fragen ist zwischen den an den Vorverhandlungen beteiligten Parteien Übereinstimmung erzielt, besonders auch insofern, als die bisherigen demokratischen und Zentrumskreise in ihren Kabinettern verbleiben.

Die „Rheinische Zeitung“ meldet aus Berlin: Als Kandidaten der Deutschen Volkspartei für das Kabinett stehen bisher fest: als Justizminister und Stellvertreter des Reichskanzlers Dr. Heintze, als Reichsfinanzminister Abgeordneter v. Raumer. Falls die Partei noch das Wieder- aufbauministerium zu besetzen hat, würde dafür der Abgeordnete Kempkes in Frage kommen. Ueber die Besetzung des Wirtschaftsministeriums wird ebenfalls noch mit den Regierungsparteien und andererseits mit den führenden Leuten der Industrie verhandelt.

Die Maulwürfe.

Eine geheime außerordentliche Konferenz der kommunistischen Partei Deutschlands über den Wahlausfall und die politische Lage ist, wie der „Berl. Lokalanzeiger“ wissen will, in Berlin abgehalten worden. Clara Zetkin leitete die Konferenz. Vierzehn Delegierte der Zentralen sowie die beiden Reichstagsabgeordneten der kommunistischen Partei waren anwesend. Außerdem nahmen zwei Mitglieder des ehemaligen roten Berliner Wahlausschusses und als Vertreter Sowjetrußlands dessen Berliner Gesandter Kopp an dieser geheimen Konferenz teil. Zunächst wurde Klage darüber geführt, daß die Propaganda für die Wahlen überhaupt und der ganze Wahlkampf schlecht geführt worden seien. Von seiten der Parteileitung wurde dies mit finanziellen Schwierigkeiten und mit der prinzipiellen Stellung der Partei zu den Parlamentswahlen entschuldigt. Ueber die Lösung der Regierungskrise wurde gesagt, daß das parlamentarische System mit dem Wahlausgang bewiesen habe, daß dieses System heute eine Einrichtung ohne jede Existenzberechtigung sei, da es in den dringendsten Fällen versage. Befriedigung wurde darüber ausgesprochen, daß die Unabhängigen nicht an der Regierungsbildung teilnehmen. Ein Leipziger Delegierter beantragte, die Parteileitung solle die dringlichen Parteileitungen anweisen, mit den Betriebsräten zur Abstimmung über die Herbeiführung des Generalkonkrets am 25. Juni — dem Tage nach der Parlamentsauflösung — in Verbindung zu treten. Die Parteileitung habe sich selbst mit den Betriebsratszentralen in Verbindung zu setzen. Nach Einlauf des Abstimmungsergebnisses sollen die Drisgruppen weitere Direktiven von der Zentrale erhalten. Schließlich wurde noch die Frage der Bewaffnung der Arbeiterschaft behandelt.

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 24. Juni. Die Landesversammlung hat heute ihre Sitzungen wieder aufgenommen. Zum Gedächtnis des verstorbenen Abg. Dr. Friedberg, der dem preussischen Parlament 34 Jahre angehört hatte, erheben sich die Mitglieder von den Sitzen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes zur Aufhebung der Standesvorrechte des Adels und zur Auflösung der Hausvermögen. Danach sollen u. a. aufgehoben werden: Das Recht eigener Gerichtsbarkeit, das Recht auf die Bezeichnung „Hof. Hoheit, Durchlaucht“ usw. Ferner ist das in Preußen befindliche Hausvermögen von den beteiligten Familien bis zu einem bestimmten Zeitpunkt aufzulösen. Abg. Weckerhof (US.) wendet sich dagegen, daß die Rechtsverhältnisse der Patronate der Kirchen und Schulen an diesem Eigentum erst durch besondere Gesetze geregelt werden sollen. Man sollte gleich jetzt ganze Arbeit tun. Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung und anschließend in der Gesamtabstimmung gegen einen Teil der Rechten angenommen.

Es folgt die erste Beratung der Novelle zum Gesetz über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst. Die Berufung in die Stellen der Abteilungsdirigenten und der dem Oberpräsidenten und dem Regierungspräsidenten zugeordneten Verwaltungsbeamten wird mit einigen Einschränkungen von der Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst abhängig gemacht.

Berlin, 23. Juni.

Die unabhängige sozialdemokratische Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses hat einen Antrag auf Auflösung des Landtags am 10. Juli eingebracht. Wie das „Berl. Tageblatt“ von parlamentarischer Seite hört, werden die beiden Gruppen der Rechten diesem Antrag der Unabhängigen ohne weiteres zustimmen. Die Mehrheitssozialdemokraten haben zu dem Antrag noch nicht Stellung genommen, deuten aber an, daß ihnen nichts übrigbleibe, als die Zustimmung zu dem Antrag der Unabhängigen.

Die Legislaturperiode.

Im Verfassungsausschuß der preussischen Landesversammlung entspann sich beim § 9 (Dauer der Tagungszeit des Landtags) eine umfangreiche Debatte darüber, ob die Tagungsdauer nicht auf drei Jahre abgekürzt werden könne und ob es nicht möglich sei, eine größere Anzahl von Wahlen, etwa die zum Landtag, zum Provinziallandtag, zum Kreisstag und zu den Gemeinden am selben Tage vorzunehmen. Gegen die sozialistischen Stimmen wurde schließlich die Legislaturperiode auf vier Jahre festgesetzt. Die Bestimmungen über die Auflösung des Landtags wurden zurückgestellt, bis die Beratung über den Staatsrat im Unteranschuß erfolgt ist. Im § 11 wurde bestimmt, daß bei regelmäßigem Ablauf der Wahlperioden die Neuwahl vor dem Ablauf der vier Jahre stattfinden hat. Entgegen dem Entwurf wurde beschlossen, daß nicht der Präsident des letzten Landtags, sondern die Regierung den neugewählten Landtag beruft, während der Entwurf vorsieht, daß der eines Drittels der Abgeordneten jederzeit einberufen werden muß, beschloß der Ausschuß, daß schon das Verlangen eines Bränsels genügen soll.

Die Lebensmittelrevolten.

Berlin, 24. Juni. Die aus Krefeld berichtet wird, hat die belgische Besatzungsbehörde infolge der Lebensmittelunruhen angeordnet, daß bis einschließlich nächsten Dienstag die Wirtschaften usw. um 9½ Uhr abends geschlossen haben und um 10 Uhr abends die Straßen vollständig geräumt sein müssen. Die Polizei verhaftete bisher über fünfzig an den Plünderungen beteiligt gewesene Personen.

Berlin, 23. Juni. Die der „Abend“ mittelt, erhob der Berliner Magistrat beim Ernährungsminister dringende Vorstellungen gegen die unerträgliche Höhe und weitere Steigerung der Lebensmittelpreise, die neuerdings in vielen Städten zu schweren Unruhen geführt haben.

Stuttgart, 23. Juni. Bei den gestrigen Unruhen in Ulm wurden sechs Polizisten zum Teil sehr erheblich verletzt. Auf seiten der Demonstranten sind fünf Tote zu beklagen. Die Zahlen sind noch nicht endgültig festgestellt. Aus Ravensburg werden zwei Tote und zwanzig Verwundete gemeldet.

Stuttgart, 23. Juni. Zur Wiederherstellung der gefährdeten Sicherheit und Ordnung hat das Staatsministerium im Oberamtsbezirk Ulm den Belagerungszustand eingeführt.

Gegen den Obstwucher.

Die Bürgermeister der größeren Städte der Rheinprovinz kamen in Bonn zusammen zwecks Besprechung der Maßnahmen gegen die Wucherpreise für Obst und Gemüse. Sie richteten eine Eingabe an die rheinische Landwirtschaftskammer, auch ihrerseits Schritte zu unternehmen, um auf eine andere Preisgestaltung hinzuwirken.

Vorläufig kein Steuerabzug im besetzten Gebiet.

M. A. S. In, 23. Juni. Die interalliierte Kommission hat, wie die britische Behörde mitteilt, den Steuerabzug vom Lohn im besetzten Gebiet verboten.

Das B. F. V. meldet aus Köln, daß das Verbot des Steuerabzuges innerhalb des besetzten Gebietes nur vorläufig gelte.

Der Regierungspräsident Brugger in Köln erließ gestern folgende Bekanntmachung: Auf Anordnung des britischen Bezirksamtes legierten der interalliierten Rheinlandskommission wird hierdurch bekannt gemacht, daß der auf Grund des Einkommensteuergesetzes vom 19. März 1920 von dem Arbeitslohn einzubehaltende zehnprozentige Abzug im besetzten Gebiet bis auf weiteres nicht erfolgen darf.

Heute wird dieses Verbot so erläutert, daß die Anwendung der Bestimmungen über den zehnprozentigen Abzug vom Arbeitslohn nur deshalb am 23. d. nicht in Kraft tritt, weil die zur Bestimmung erst am 17. Juni der Rheinlandskommission zur Prüfung vorgelegt und die zehntägige Prüfungsfrist am 25. Juni noch nicht verstrichen ist.

Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete teilt mit: Die Verordnung über den zehnprozentigen Lohnabzug vom 23. Juni ab ist der Rheinlandskommission vorgelegt und am 17. Juni von ihr registriert worden. Eine Beanstandung ist bis jetzt nicht erfolgt. Die Prüfungsfrist läuft bis zum 27. Juni. Eine Beschleunigung der Entscheidung ist bei der Kommission beantragt worden.

Demonstration gegen den Abzug.

Nach einer Meldung aus Halle wurde in einer von mehreren tausend Arbeitern, Angehörigen und Beamten besuchten Versammlung in der energisch gegen den zehnprozentigen Steuerabzug protestiert wurde, eine Entschließung gefaßt, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß das Proletariat gewillt sei, von allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln Gebrauch zu machen, wenn die brutale Maßnahme, wie sie der Steuerabzug darstelle nicht beseitigt werde.

Zum Tode Friedbergs.

Berlin, 23. Juni. Anlässlich des Ablebens des Staatsministers Friedberg ist bei der Deutschdemokratischen Partei ein Beileidstelegramm der Deutschen Volkspartei eingegangen, das folgenden Wortlaut hat: An dem Verlust, den die Deutsche Demokratische Partei durch den Tod des bewährten Führers erleidet, nehmen auch wir aufrichtigen Anteil. Mit Friedberg scheidet ein in allen Kreisen insofern seiner Sachkenntnis und Vornehmheit geachteter und bewährter Parlamentarier, dessen Beistand überall schmerzhaft empfunden wird.

Beilegung des Ärztestreiks.

Berlin, 23. Juni. Die Verhandlungen, die am 21. Juni im Reichsarbeitsministerium zur Beilegung der Streitigkeiten der Zahnärzte mit den Krankenkassen stattgefunden haben, führten zu einer völligen Übereinstimmung. Die beiderseitigen Organisationen werden die nötigen Weisungen ergehen lassen, wenn der vertraglose Zustand aufgehoben ist.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 24. Juni.

Stiftung. Ein hiesiger Kunstfreund, der ungenannt bleiben will, hat dem Spangenbergischen Konservatorium für Musik die Summe von 25000 Mark überwiesen...

Direktor Abigt wieder freigelassen. Der am 12. Juni d. J. aus Anordnung der französischen Behörde inhaftierte und nach Mainz in das Gefängnis überführte Direktor Emil Abigt aus Diebrich am Rhein...

Der heitere Abend am Dienstag, den Gustav Jacoby als Volksunterhaltungabend durch Bernhard Herrmann veranstaltet ließ, sah schon durch die Ankündigung der Beteiligung Herrmanns ein übervolles Haus...

Die Rischen kosteten auf dem letzten in Freiheit abgehaltenen Markt 1.40 bis 1.80 M. pro Pfund. Am Tage zuvor wurden noch 2.80 bis 3.80 M. verlangt und bezahlt.

Diebstahlschiff verlor von der Staatsanwaltschaft Wiesbaden J. A. V. Bach, Karl, Kaufmann, geb. 16. 8. 1901 zu Ludwigshafen, zuletzt wohnhaft in Ludwigshafen...

Kurhaus :: Theater :: Vorträge :: Vereine usw.

Staatstheater. Die nächste Wiederholung des so außerordentlich erfolgreichen Lustspiels 'Der heilige König' oder 'Was ihr wollt' ist für Freitag, 25. im W. K. vorgesehen. In dieser Aufführung wird Herr Hummel zum erstenmal die Rolle des 'Fazio' spielen...

Residenztheater. Die bereits über hundert Abende gesehene Operette 'Moran wieder lustig', Text von W. H. Jacoby, Musik von Heins Fernin, der beiden bekannten Wiesbadener Autoren...

Ausschuss für Volkserziehung! Obervereinigung: Wandergruppe. Wegen des am kommenden Sonntag stattfindenden Sternlaufs findet die für Samstag, den 20. angelegte Nachtwanderung nach dem Feldberg erst am nächsten Sonntag, den 3. Juli, statt.

Dreigliederung des sozialen Organismus. Ueber diese auf Verfeinerung des Wirtschafts-, Rechts- und Geisteslebens abzielende Bewegung wird am Samstag Abend 8 Uhr Dr. jur. et phil. Karl Heyer aus Mainz im Vesperaal einen öffentlichen Vortrag halten...

Aus Nassau und Nachbargebieten.

h. Johannsburg, 23. Juni. Maßnahmen gegen Schwarzwildschaden. Um dem immer mehr um sich greifenden erheblichen Schaden, den die Wildjagden auf den Weidern der rheinischen Gemeinden und in den Waldgebieten anrichten...

*Schiff, 23. Juni. Eine größere Explosion entstand am Montag vormittag in den hiesigen Farbwerken. Die Arbeiter des betroffenen Betriebes konnten sich glücklicherweise schnell in Sicherheit bringen...

Vermischtes.

Benzinbeschwerden. Nach einer Meldung aus Bochum sind auf der Zeche Centrum bei Wattenfeld große Benzinbeschwerden aufgedeckt worden. Eine Anzahl Beamte, zum Teil in höheren Stellen, wurden verhaftet...

Verleumdung. Die Berliner Polizei verhaftete vier wegen Diebstahls Verdächtige, die einem Juwelenhändler 214 Perlen, die aus dem Diebstahl bei der Ueberfischung des ehemaligen hiesigen Vorstehers in Madrid, Prinzen zu Fürstberg, herrührten, zum Verkauf anboten.

Ein seltsamer Selbstmord. In Parkenkirchen starb sich ein 17jähriges einheimisches Mädchen mit verbundenen Augen von der eisernen Brücke der Partnachklamm in die 90 Meter tiefer dahindraufende Partnach, wo sie auf dem Felsen erschmeterte.

Auf offener Straße erschossen. Auf offener Straße wurde in Reichenberg bei Hittau ein Volkspolizist niedergeschossen, als er einen Unbekannten, der gestohlene Wäsche verkaufte, festnehmen wollte...

Volkswirtschaft.

Berliner Börse.

Geschäftlos, teilweise schwächer. Aus Berlin, 23. Juni, meldet unser *...Mitarbeiter: Mit dem Stillstand in der Aufwärtsbewegung der Markkurve entfiel dieses Moment für die Schwäche der Fondsmärkte...

Der Markkurs erfuhr gestern eine mäßige Abschwächung, die in der Hauptfrage mit der Steigerung der Entendevision, besonders des französischen Wechselkurses in der Schweiz und in Holland zusammenhängt...

Im ganzen war der Markt für ausländische Zahlungsmittel gestern ungleichmäßig: Holland mittelmäßig mit 1900 (1915), auch Schweiz, Spanien und Wien etwas niedriger...

Verkehrswesen.

Wiederannahme der Hamburg-Africafahrt. Die Boermann-Linie wird laut Meldung aus Amsterdam 'Handelsblad' in nächster Zeit den direkten Verkehr von Hamburg nach Afrika über Rotterdam wieder aufnehmen.

Marktberichte.

Berliner Produktionsbörse vom 23. Juni. Der Futurespreis blieb heute behauptet mit 114-112 Mark für 100 Pfund.

Wasserkände am 23. Juni 1920. Hünningen 2.56, Reß 2.47, Mainz 5.20, Mainz 1.60, Bingen 2.47, Rheingau 3.05, Raab 2.78, Koblenz 2.65, Köln 2.40, Trier 0.83, Heilbronn 0.58 Meter.

Genossenschaftlicher: Bernhard Grothaus. Verantwortlich für deutsche u. ausländische Politik: B. Grothaus; für Bank, Wirtschaft, Unterhaltung u. volkswirtschaftl. Zeit: B. G. Eisenberg...

Kursbericht der Frankfurter Börse

Table with columns for Staats-Anleihen, Aktien ausl. Transportanstalten, Aktien industrieller Unternehmen, Bergwerks-Aktien, and other financial data.

Table with columns for Aktien ausl. Transportanstalten, Aktien industrieller Unternehmen, Bergwerks-Aktien, and other financial data.

Table with columns for Provinzial- und Kommunal-Obligationen, Losse, and other financial data.

Advertisement for Kurhaus Wiesbaden Gardenfest, featuring a drawing of the building and text about the event on June 26th.

Advertisement for 'Badhaus Spiegel' thermal baths, including a drawing of a man and text about Krätze treatment.

Advertisement for 'Nach Südamerika' travel agency, featuring a drawing of a man and text about BORN & SCHOTTENFELS.